

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 34 (1987)
Heft: 3

Rubrik: Das BZS teilt mit = L'OFPC communique = L'UFPC informa

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nachlese vom Eidgenössischen Rapport von Ende November 1986
mit den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz

Der Zivilschutz zeigt Flagge

am. Eine Identitätskarte, eine Armbinde in Kriegszeiten (ein Aufnäher in Friedenszeiten) soll den Schutzdienstpflichtigen künftig als Angehörigen des Zivilschutzes ausweisen, wie er im Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen definiert ist; Kleber sind für die Anhänger und Fahrzeuge gedacht, Papierplakate und Tücher für die Schutzräume. Diese Vorschläge wurden am letzten Eidgenössischen Rapport vom BZS den Chefs der kantonalen Ämter unterbreitet und von diesen in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen. Die Kennzeichnung der Schutzdienstpflichtigen, der Fahrzeuge und der Schutzräume waren an Eidgenössischen Rapporten schon verschiedentlich diskutiert worden. Nun wurde dieses Geschäft endgültig verabschiedet und zur Ausführung bestimmt. Zu den einzelnen Themen wurden vom BZS folgende Vorschläge unterbreitet:

Ausweis für Zivilschutzpersonal

Das BZS erachtet es als zweckmässig, dass der Ausweis von der Zivilschutzstelle der Wohngemeinde gleichzeitig mit dem Zivilschutzdienstbüchlein erstellt, in diesem in einer dafür vorgesehenen Lasche abgegeben und anlässlich der Entlassung aus der Schutzdienstpflicht durch die Zivilschutzstelle der Wohngemeinde eingezogen und vernichtet wird.

Die Abgabe des Ausweises wird in der Stammkontrolle und im Zivilschutzdienstbüchlein vermerkt. Erstellung (exklusive Foto), Abgabe, Kontrolle und Rücknahme des Ausweises werden in die bevorstehende Revision der Kontrollvorschriften aufgenommen.

Die Ausweise in der Grösse einer Kreditkarte werden auf EDV-konforme Papierbogen gedruckt und perforiert. Der Eintrag der erforderlichen Angaben ist von Hand, mit der Schreibmaschine oder mittels EDV möglich. Pro Ausweis wird eine Kunststoff-Schutzhülle abgegeben. Der Zeitpunkt für das Aufkleben der Passfoto ist den Gemeinden freigestellt. Mögliche Lösungen sind:

- die Foto wird mit dem Fragebogen einverlangt,
- mit der Eröffnung der Einteilung wird der Schutzdienstpflichtige angewiesen, eine Foto einzukleben.
- Verlangen einer Passfoto mit dem ersten Kursaufgebot,
- und letztlich die Möglichkeit, die Foto nach einem Aufgebot zum aktiven Dienst im Ausweis einzukleben. Die Vorschriften auf dem gelben Aufgebotszettel gewährleisten diese Möglichkeit.

Die Ausweise können nach deren Beschaffung von den Zivilschutzstellen über die Formularbestellung bei der EDMZ bezogen werden. Das BZS sieht vor, dass der Ausweis für neu Schutzdienstpflichtige ab 1. Januar 1989 abgegeben wird. Für alle bis zu diesem Zeitpunkt erfassten Schutzdienstpflichtigen müsste der Ausweis bis Ende 1994 erstellt und abgegeben werden. Durch den Verzicht auf die Abgabe des

blauen Ausweises an das Sanitätspersonal des Zivilschutzes im aktiven Dienst erübrigt sich der Austausch der Ausweise für dieses Personal im Aufgebotsfall.

Ungeachtet dieser Lösung wird das BZS dem Beauftragten des Bundesrates für den Koordinierten Sanitätsdienst die gewünschte Zahl blauer Ausweise zuhanden der Kantone für das zivile Sanitätspersonal in den Spitälern zur Verfügung stellen.

Schutzzeichen für das Zivilschutzpersonal

Die Auswertung der Tragversuche mit den Armbinden ergab, dass grösstenteils keine, teilweise lediglich eine minimale Behinderung der Schutzdienstleistenden und praktisch keine Unfallgefahr besteht, wenn das Modell mit Klettenverschluss gewählt wird.

Demgegenüber lässt sich das Aufnähen des Schutzzeichens auf dem Ärmel des Arbeitskleides in der Gemeinde auf deren eigene Kosten nicht allgemein durchsetzen. Um es in gleicher Weise wie die Armbinde erkennbar zu machen, müsste das Schutzzeichen zudem als oranges Band mindestens in der Breite der Armbinde rund um den Ärmel aufgenäht werden. Hinzu kommt, dass die Kennzeichnung des Schutzdienstleistenden in Frage gestellt wäre, sobald ein Kleidungsstück über oder anstelle der Arbeitsbluse mit aufgenähtem Schutzzeichen getragen wird. Diese Überlegungen veranlassen das BZS die Armbinden mit Klettenverschluss für alle Schutzdienstleistenden zu beschaffen und als notwendigerweise standardisiertes Material den Zivilschutzorganisationen abzugeben. Nur auf diese Weise lässt sich eine einheitliche Kennzeichnung der Schutzdienstleistenden im Kriegsfall erreichen. Im Sinne des Wunsches einiger Kantone, ist das BZS damit einverstanden, dass das internationale Zivilschutzsignet in Friedenszeit als Abzeichen auf der Arbeitsbluse aufgenäht wird. Es ersetzt jedoch aus den angeführten Gründen im Kriegsfall die Armbinde nicht. Im Interesse des Erscheinungsbildes, dem



es ja nicht zuletzt zu dienen hat, ist das Abzeichen aus einheitlichem Material, in einheitlicher Grösse und nach einheitlichen Grundsätzen anzubringen. Sofern die Mehrheit der Kantone es wünscht, wäre das BZS bereit, ein einfaches, kostengünstiges Abzeichen aus Textilmaterial mit aufgedrucktem blauem Dreieck zum Aufnähen auf dem Arbeitskleid zu beschaffen und kostenlos gegen Bestellung abzugeben. Die Kosten für das Aufnähen wären durch die Gemeinden zu tragen.

Im übrigen geht das BZS davon aus, dass die Armbinden bei grösseren Übungen durch die Schutzdienstleistenden zu tragen sind, was namentlich auch bei kombinierten Übungen mit der Armee als angezeigt erscheint.

Identitätskarte und Schutzzeichen für das Personal des Kulturgüterschutzes

Für das schutzdienstpflichtige KGS-Personal kann grundsätzlich dieselbe Regelung Anwendung finden, wie sie für die im Sanitätsdienst der Schutzorganisationen eingeteilten Schutzdienstpflichtigen getroffen wird.

Für das im KGS eingesetzte nicht schutzdienstpflichtige Personal sind eine besondere KGS-Identitätskarte und eine KGS-Armbinde zu beschaffen und abzugeben. Das BZS ist jedoch bereit, den Kantonen für sich und zuhanden der Gemeinden für alle im KGS eingesetzten Personen, das heisst für die Nicht-Schutzdienstpflichtigen wie auch für die Schutzdienstpflichtigen, die KGS-Identitätskarte und die KGS-Armbinde abzugeben. Es bleibt den Kantonen überlassen, ob sie dem schutzdienstpflichtigen KGS-Personal zu gegebener Zeit zusätzlich die KGS-Identitätskarte und die KGS-Armbinde abgeben wollen.

Schutzzeichen für Motorfahrzeuge des Zivilschutzes

In Zusammenarbeit mit der Gruppe für Rüstungsdienste hat das BZS verschiedene Haft- und Klebefolien auf deren Zweckmässigkeit hin überprüft. Als zweckmässigste, einfachste und dennoch kostengünstigste Kennzeichnung hat sich die Klebefolie erwiesen. Das BZS sieht für alle Kategorien der Requisitionsmotorfahrzeuge drei, und pro Materialanhänger eine Folie mit dem internationalen Zivilschutz-Schutzzeichen abzugeben.

Die Zivilschutzorganisationen erhalten die benötigte Anzahl Schutzzeichen, einschliesslich einer angemessenen Reserve zur Kennzeichnung der gemeindeeigenen Zivilschutzfahrzeuge. Gleichzeitig wird das BZS auch die notwendigen Instruktionen für die Anbringung der Schutzzeichen liefern. Diese Schutzzeichen sind ausschliesslich zur Kennzeichnung der Fahrzeuge im aktiven Dienst bestimmt.

Schutzzeichen für Schutzbauten des Zivilschutzes

Wie das BZS am Rapport 2/1985 orientierte, nahm es damals in Aussicht, für die Kennzeichnung der Schutzbauten ein quadratisches Tuch 80 × 80 cm zu beschaffen und abzugeben. Nochmalige Versuche ergaben, dass bei verschiedenen Schutzräumen das Befestigen der Tücher 80 × 80 cm Schwierigkeiten bietet.

Um auch in diesem Bereich gesamtschweizerisch eine einheitliche einfache und kostengünstige Kennzeichnung zu erreichen, beabsichtigt das BZS, ein Schutzzeichen auf Papier in der Grösse von 30 × 30 cm zu beschaffen und abzugeben. Zusätzlich sollen eine Anzahl Tücher 80 × 80 cm als Schutzzeichen für die Aussenkennzeichnung der Anlagen und öffentlichen Schutzräumen zugeteilt werden. Die Kennzeichnung der Schutzbauten wird wie folgt vorgesehen.

- Nach einem Aufgebot zum aktiven Dienst ist das Schutzzeichen 30 × 30 cm auf der Aussen- und Innenseite der Eingangstüren (Panzertüren) aller Zivilschutzbauten, das heisst der privaten und öffentlichen Schutzräu-

me wie auch der Anlagen, anzubringen. Für sanitätsdienstliche Anlagen wird das Rot-Kreuz-Schutzzeichen 30 × 30 cm zugeteilt.

Diese Schutzzeichen auf Papier werden mit gewöhnlichem, wasserlöslichem Kleister derart auf die Türe geklebt, dass sie – wenn notwendig – leicht entfernt werden können.

- Öffentliche Schutzräume und Anlagen erhalten zusätzlich pro Eingang das bekannte und 1985 vorgestellte Tuch-Schutzzeichen 80 × 80 cm, das nach dem Aufgebot zum aktiven Dienst ausserhalb des Eingangs zum Schutzraum bzw. zur Anlage so angebracht wird, dass es aus Distanz von etwa 100 bis 200 m sichtbar ist. Sanitätsdienstliche Anlagen erhalten das Rot-Kreuz-Schutzzeichen für die Aussenkennzeichnung.

Das BZS hat nichts dagegen einzuwenden, wenn eine Gemeinde das Schutzzeichen bereits in Friedenszeit an Anlagen der OSO oder öffentlichen Schutzräumen anzubringen wünscht. Das Schutzzeichen hat in diesem Fall der Gestaltung und Farbe der vom BZS zu liefernden Schutzzeichen zu entsprechen. Der Missbrauch ist zu verhindern.

An die Kosten einer derartigen Kennzeichnung werden keine Bundesbeiträge geleistet. Beim Aufgebot zum aktiven Dienst muss die Kennzeichnung allenfalls noch ergänzt werden.

An sanitätsdienstlichen Anlagen des Zivilschutzes sollen in Friedenszeit keine Rot-Kreuz-Schutzzeichen fest angebracht werden, da das Anbringen dieses Zeichens auch als Hinweis zu deuten ist, dass die Anlage betrieben wird.

Im übrigen können Anlagen und Schutzräume, sofern sie in dieser Funktion eingesetzt werden, anlässlich von grösseren Übungen, namentlich auch bei kombinierten Übungen mit der Armee, in diesem Sinne gekennzeichnet werden. Die den Gemeinden abgegebenen Schutzzeichen auf Papier 30 × 30 cm sind aber für den Aufgebotsfall zum aktiven Dienst reserviert. Für Übungen können sie mittels einer Formularbestellung bei der EDMZ bestellt werden.

Für die Kennzeichnung der KGS-Schutzräume gelten die einschlägigen Bestimmungen des KGS. ▲

Extrait du rapport fédéral de la fin novembre 1986 avec les chefs des offices cantonaux de la protection civile

La protection civile arbore son emblème

am. Désormais, grâce à une carte d'identité et à un brassard en temps de guerre ou un insigne cousu en temps de paix, les personnes astreintes pourront attester leur appartenance à la protection civile, tel que le prévoit le Protocole additionnel I aux Conventions de Genève. Des autocollants sont prévus pour les remorques et les véhicules, des signes de protection en papier et en toile pour les constructions de protection. A l'occasion du dernier rapport fédéral de l'OFPC, les chefs ont en effet accepté les propositions présentées.

L'identification des personnes astreintes, des véhicules et des constructions de protection avaient déjà fait l'objet de discussions lors de précédents rapports fédéraux. Cette affaire est maintenant définitivement réglée.

Les propositions qu'a présentées l'OFPC sont reproduites ci-après:

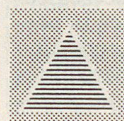
Carte d'identité pour le personnel de la protection civile

Il semble judicieux à l'OFPC que l'office de la protection civile de la commune de domicile établisse la carte d'identité en même temps que le livret de service de la protection civile, qui sera muni d'une pochette dans laquelle cette carte sera glissée. Lors de la libération du service de protection civile, l'office la retirera et la détruira.

La remise de la carte d'identité sera consignée dans le contrôle matricule et dans le livret de service de la protection civile. La proche révision des prescrip-

tions sur le contrôle traitera aussi de l'établissement (à l'exclusion de la photo), de la remise, du contrôle et de la restitution de la carte d'identité.

De la grandeur d'une carte de crédit, les cartes d'identité seront imprimées sur feuille conforme TED et perforée. Il est possible d'inscrire les données nécessaires à la main, à la machine à écrire ou par ordinateur. On délivrera une enveloppe protectrice en plastique par carte d'identité. Les communes colleront la photo-passeport au moment opportun. Voici quelques solutions possibles:



- réclamer la photo avec le questionnaire;
- prier la personne astreinte de coller une photo au moment de l'incorporation;
- inviter la personne astreinte, lors de la première convocation à un cours, à se munir d'une photo-passeport et, enfin,
- coller la photo sur la carte d'identité après une mise sur pied pour le service actif, ce qui est possible d'après les instructions figurant sur la fiche jaune de mise sur pied.

Une fois les cartes d'identité acquises, les offices de la protection civile peuvent les obtenir auprès de l'OCFIM, au moyen de la formule de commande. L'OFPC prévoit de délivrer à partir du 1^{er} janvier 1989 les cartes destinées aux personnes nouvellement astreintes. Pour celles qui seront déjà incorporées, il faudrait que les cartes soient établies et remises au plus tard jusqu'à fin 1994. En renonçant à remettre la carte bleue au personnel sanitaire de la protection civile en temps de service actif, il devient superflu d'échanger les cartes d'identité de ce personnel en cas de mise sur pied.

Indépendamment de cette solution, l'OFPC mettra à la disposition du man-

dataire du Conseil fédéral pour le Service sanitaire coordonné, à l'intention des cantons, le nombre désiré de cartes bleues d'identité, destinées au personnel sanitaire civil des hôpitaux.

Signes de protection pour le personnel de la protection civile

Les essais de port des brassards ont montré que le modèle à bande velcro ne présente le plus souvent aucun inconvénient ou une gêne minime pour la personne astreinte; quant au risque d'accidents, il est quasiment nul. En revanche, l'opération consistant à coudre le signe de protection sur la manche du vêtement de travail, qui devrait être réalisée par la commune et à ses frais, n'est généralement pas acceptée partout. Le signe de protection devrait être en outre aussi reconnaissable que le brassard; pour y parvenir, il faudrait le coudre autour de la manche, sous forme d'une bande orange au moins aussi large que le brassard. A cela s'ajoute que l'identification de la personne astreinte serait compromise dès qu'elle porterait un vêtement par-dessus ou à la place de la blouse de travail, pourvue du signe de protection cousu.

Ces considérations incitent l'OFPC à acquérir, pour toutes les personnes servant dans la protection civile, des brassards avec fermeture velcro et à les remettre aux organisations de protection civile à titre de matériel nécessairement standardisé. Seul ce procédé permet d'obtenir en cas de guerre une identification uniforme des personnes servant dans la protection civile. Accédant au désir de certains cantons, l'OFPC est d'accord que le signe international de la protection civile soit cousu, en temps de paix, sur la blouse de travail. Toutefois, pour les raisons nommées plus haut, cette variante ne saurait, en temps de guerre, remplacer le brassard. L'apparence vis-à-vis de l'extérieur n'est pas sans importance; aussi, le signe sera-t-il confectionné dans une matière et une couleur uniformes, selon les mêmes principes. Si tel est le désir de la majorité des cantons, l'OFPC serait disposé à acquérir un signe distinctif, simple et avantageux, en textile, avec impression du triangle bleu. Ce signe devra être cousu sur les vêtements de travail et sera remis gratuitement sur commande. Les frais de couture seraient à la charge des communes.

Par ailleurs, l'OFPC part de l'idée que les personnes astreintes devront porter le brassard lors d'exercices importants, ce qui paraît notamment indiqué dans le cas d'exercices combinés avec l'armée.

Carte d'identité et signe de protection pour le personnel de la protection des biens culturels (PBC)

Pour le personnel PBC, astreint à servir dans la protection civile, on peut en principe appliquer la même réglementation que celle adoptée pour les per-

sonnes astreintes incorporées dans le service sanitaire des organismes de protection.

S'agissant du personnel engagé dans la PBC non astreint à servir dans la protection civile, il y a lieu d'acquiescer et de délivrer une carte d'identité PBC et un brassard PBC spéciaux. L'OFPC est toutefois d'accord de remettre aux cantons, pour eux-mêmes et à l'intention des communes, la carte d'identité PBC et le brassard PBC pour toute personne affectée à la PBC, qu'elle soit astreinte à servir dans la protection civile ou non. L'OFPC laisse aux cantons le soin de remettre ou non, en temps voulu, en supplément, la carte d'identité PBC et le brassard au personnel PBC astreint à servir dans la protection civile.

Signes de protection pour véhicules à moteur de la protection civile

En collaboration avec le Groupement de l'armement, l'OFPC a testé différentes feuilles adhésives et autocollantes. C'est l'autocollant qui se révèle la solution la plus adéquate, la plus simple et, de surcroît, la plus avantageuse. L'OFPC prévoit de fournir trois feuilles portant le signe de protection international de la protection civile par véhicule à moteur réquisitionné de toute catégorie et une par remorque à matériel.

Les organisations de protection civile recevront le nombre nécessaire de signes de protection, y compris une réserve appropriée pour l'identification des véhicules de la protection civile appartenant à la commune. En même temps, l'OFPC livrera aussi les instructions pour la pose des signes de protection. Ceux-ci sont exclusivement destinés à l'identification des véhicules en temps de service actif.

Signes de protection pour constructions de protection de la protection civile

Ainsi qu'annoncé lors du rapport 2/1985, l'OFPC envisageait pour l'identification des constructions de protection, d'acquiescer et de distribuer une toile carrée de 80 x 80 cm. Des essais réitérés ont montré que, pour différents abris, la fixation de ces signes pose des problèmes.

Désireux de parvenir, dans ce domaine aussi, à une identification simple, bon marché et uniforme dans toute la Suisse, l'OFPC a l'intention d'acquiescer et de remettre un signe de protection sur papier, dans les dimensions 30 x 30 cm. En plus, il distribuera un certain nombre de signes de protection en étoffe, de 80 x 80 cm, pour l'identification externe des constructions et des abris publics.

Cette identification des constructions de protection est envisagée de la manière suivante:

— Après une mise sur pied pour le service actif, on apposera le signe de protection, format 30 x 30 cm, sur les portes d'entrée, à l'intérieur et à

l'extérieur (portes blindées) de toutes les constructions de protection civile, c'est-à-dire des abris privés et publics et des autres constructions de protection. Pour les constructions du service sanitaire, on remettra le signe de protection de la Croix-Rouge, 30 x 30 cm.

Ces signes de protection sur papier sont apposés sur la porte au moyen d'une colle ordinaire, soluble dans l'eau, de manière à pouvoir les enlever facilement si nécessaire.

— Les abris publics et les constructions recevront en plus, par entrée, le signe de protection en toile, connu et déjà présentée en 1985, de 80 x 80 cm; après la mise sur pied pour le service actif; celui-ci sera placé à l'extérieur de l'entrée de l'abri ou de la construction, de sorte qu'il soit visible à une distance d'environ 100 à 200 m. Les constructions du service sanitaire seront pourvues du signe de la Croix-Rouge pour leur identification extérieure.

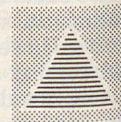
L'OFPC n'a pas d'objection à ce qu'une commune appose en temps de paix déjà le signe de protection aux constructions des OPL ou aux abris publics. Ce signe de protection devra alors avoir le même aspect et la même couleur que celui que l'OFPC livrera. On évitera tout usage abusif.

Aucune subvention fédérale n'est octroyée pour une telle identification. Lors de la mise sur pied pour le service actif, il faudra encore, le cas échéant, compléter l'identification.

En temps de paix, on ne devra pas apposer de manière fixe le signe de protection de la Croix-Rouge aux constructions du service sanitaire de la protection civile; en effet, la présence de ce signe signifie que la construction est en exploitation.

Néanmoins, on peut, à l'occasion de grands exercices, notamment d'exercices combinés avec l'armée, identifier de la sorte les constructions et les abris pour autant qu'ils remplissent effectivement la fonction correspondante. Cependant, les signes de protection sur papier, format 30 x 30 cm, remis aux communes, sont réservés au cas de mise sur pied pour le service actif. On peut en obtenir pour les exercices auprès de l'OCFIM, au moyen d'une formule de commande.

Les dispositions particulières régissant la protection des biens culturels en cas de conflit armé s'appliquent à l'identification des abris PBC. ▣



Arbeitsgruppe eingesetzt

Vorbereitung der Übernahme von Aufgaben der Ortsfeuerwehren durch die Zivilschutzorganisationen im aktiven Dienst

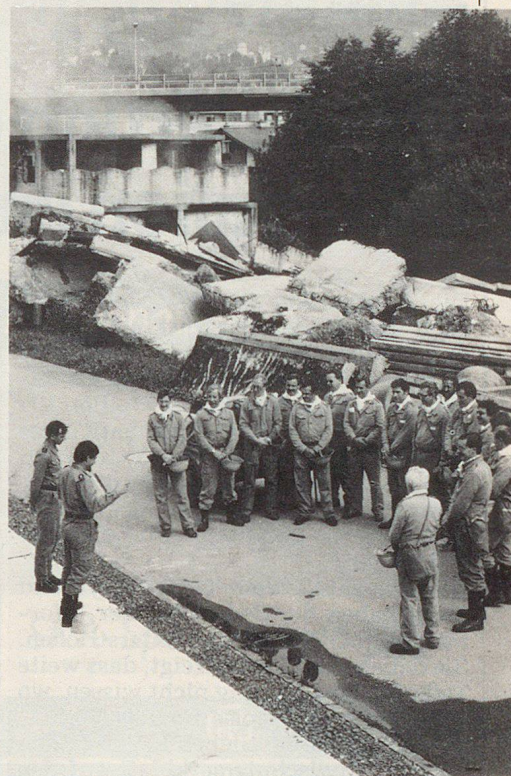
Gemäss Artikel 19 der Zivilschutzverordnung können die Kantone und Gemeinden den örtlichen Schutzorganisationen im aktiven Dienst Aufgaben der Ortsfeuerwehren übertragen. Diese Übertragung muss bereits in Friedenszeiten vorerst im Kanton und anschliessend in der Gemeinde zwischen den Organen des Zivilschutzes und der Feuerwehr im Detail abgesprochen werden.

Auf Anregung des Schweizerischen Feuerwehrverbandes (SFV) hat sich das BZS zur Ausarbeitung gemeinsamer Empfehlungen in dieser Sache bereit erklärt. Für die Ausarbeitung dieser Empfehlungen wurde eine Arbeitsgruppe BZS/SFV eingesetzt, in welcher die kantonalen Ämter für Zivilschutz durch die Herren Bolinger (ZG) und Donzallaz (FR) vertreten sind.

Diese Arbeitsgruppe hat den Auftrag, vorerst Reihenfolge, Zielsetzungen und

Arbeits- sowie Stoffprogramme der auf den Stufen Kanton und Gemeinde zu empfehlenden Rapporte, Kurse und Übungen vorzuschlagen und hierauf Detailunterlagen für diese Veranstaltungen bereitzustellen. Dabei ist soweit möglich auf bereits vorhandene Unterlagen des Zivilschutzes und der Feuerwehr abzustellen. Die vorerwähnten Unterlagen sollen anfangs 1989 in Deutsch, Französisch und Italienisch verfügbar sein.

Hinsichtlich der Aufgaben der Stützpunktfeuerwehren ist die Arbeitsgruppe angewiesen, vom Vorhandensein eines auch im aktiven Dienst durch die Feuerwehrinstanzen sicherzustellenden Stützpunktdispositivs auszugehen. Diese Rahmenbedingung wird durch ein Schreiben vom 30. Juni 1986 des Schweizerischen Feuerwehrverbandes an die kantonalen Feuerwehrinstanzen unterstrichen. ▲



Mise en place d'un groupe de travail

Préparation de la reprise des tâches des corps locaux de sapeurs-pompiers par les organismes de la protection civile, en temps de service actif

Conformément à l'article 19 de l'ordonnance sur la protection civile, les cantons et les communes peuvent, en temps de service actif, assigner aux organismes locaux de protection des tâches incombant aux corps de sapeurs-pompiers locaux. Cette assignation doit être convenue en détail, successivement aux échelons cantonal et communal, entre les organes de la protection civile et ceux des sapeurs-pompiers.

A la suggestion de la Fédération suisse des sapeurs-pompiers (FSSP), l'OFPC

s'est déclaré prêt à élaborer des recommandations communes en la matière. Un groupe de travail OFPC/FSSP a été chargé de cette tâche; les offices cantonaux de la protection civile y sont représentés par Messieurs Bolinger (ZG) et Donzallaz (FR).

Ce groupe de travail a pour mission, tout d'abord, de proposer les priorités, les objectifs et les programmes de travail des rapports, cours et exercices à recommander aux cantons et aux communes. Il lui appartiendra ensuite de

préparer une documentation détaillée pour ces manifestations. Pour ce faire, le groupe s'appuiera, dans la mesure du possible, sur les documents déjà existants de la protection civile et des sapeurs-pompiers. La documentation dont il est question doit être disponible au début de 1989, en allemand, français et italien.

S'agissant des tâches des centres de renfort du service du feu, le groupe de travail tiendra compte de l'existence, également en temps de service actif, d'un dispositif de renfort que doivent assurer les organes des sapeurs-pompiers. Cette condition majeure est précisée par la lettre du 30 juin 1986 de la Fédération suisse des sapeurs-pompiers aux responsables cantonaux des services du feu. ▲



Pressemittteilung

Verbesserung der Information im Zivilschutz

Die Information im Zivilschutz soll nach dem Willen der zuständigen Instanzen des Zivilschutzes verbessert werden. Eine vom Bundesamt für Zivilschutz (BZS) kürzlich in Gollion VD und Bern organisierte Informationstagung für Vertreter der französisch- und italienischsprachigen bzw. deutschsprachigen Schweiz diente der Vorbereitung von gezielten Informations-tätigkeiten.

Die Ereignisse von Tschernobyl und Basel haben die Bedeutung der Information im Zivilschutz unterstrichen. Sie haben aber auch gezeigt, dass weite Teile der Bevölkerung nicht wissen, wo sie wichtige Hinweise für das Verhalten in ausserordentlichen Lagen finden können (Zivilschutzmerkblatt auf den

hintersten Seiten der Telefonbücher). Ebenso sind die Nutzungsmöglichkeiten der Schutzräume vielen unbekannt. Diesem Informationsrückstand soll in den nächsten zwei Jahren abgeholfen werden. In diesem Sinne wurden an der Tagung, zu der auch Presse- und Public-Relations-Fachleute beratend beigezogen wurden, konkrete Aktionsmöglichkeiten erarbeitet. In einem Jahr soll eine erste Zwischenbilanz über die eingeleiteten Informationstätigkeiten gezogen und in zwei Jahren mittels einer Befragung der Erfolg der Aktion überprüft werden.

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Informations- und Pressedienst

Comunicato per la stampa

Come migliorare l'informazione in materia di protezione civile

Le istanze competenti in materia di protezione civile hanno deciso di migliorare l'informazione in questo settore. L'Ufficio federale della protezione civile (UFPC) ha organizzato un seminario d'informazione a Gollion VD e a Berna par rappresentanti della Svizzera francese e italiana e della Svizzera tedesca allo scopo di preparare un'adeguata attività d'informazione.

Gli eventi di Cernobyl e di Basilea hanno evidenziato l'importanza della protezione civile, e in particolare dell'informazione in materia di protezione civile. Hanno anche dimostrato che gran parte della popolazione non sa dove trovare le indicazioni utili sul comportamento da tenere in situazioni straordinarie (promemoria della protezione civile nelle ultime pagine degli elenchi telefonici). Anche le possibilità di uti-

lizzazione dei rifugi sono note solo a pochi.

Nei prossimi due anni si dovrà rimediare a questo ritardo nel settore dell'informazione. Durante il seminario, al quale hanno partecipato in qualità di consulenti anche alcuni rappresentanti della stampa e delle pubbliche relazioni, sono state elaborate diverse proposte concrete d'informazione. Tra un anno si farà un primo bilancio intermedio delle attività d'informazione avviate e tra due anni si prevede di verificare il successo di quest'azione organizzando un sondaggio d'opinione.

Dipartimento federale
di giustizia e polizia
Servizio informazione
e stampa

Communiqué de presse

Pour une meilleure information en matière de protection civile

Les autorités compétentes entendent améliorer, ces prochaines années, l'information en matière de protection civile. Récemment, l'Office fédéral de la protection civile (OFPC) a organisé à cet effet deux séminaires, l'un à Gollion VD, pour la Suisse romande et le Tessin, l'autre à Berne, pour la Suisse allemande. Ces deux séminaires ont permis de préparer des activités spéciales d'information.

Les événements de Tchernobyl et de Bâle ont mis en évidence l'importance de cette information dans la protection civile. Il s'est alors avéré que de larges parties de la population ne savent pas où trouver les renseignements essentiels sur le comportement à adopter dans des situations extraordinaires. Sait-on que de tels renseignements sont donnés dans l'aide-mémoire de la protection civile figurant aux dernières pages des annuaires téléphoniques? Combien de personnes ne connaissent pas non plus les possibilités d'utilisation des abris!

Ces lacunes en matière d'information doivent être comblées au cours des deux prochaines années. C'est dans cette perspective que des propositions concrètes ont été élaborées dans ces séminaires, auxquels participaient aussi, en tant que conseillers, des spécialistes de la presse et des relations publiques. Il est prévu de tirer un premier bilan des activités d'information menées, puis, dans deux ans, d'effectuer un sondage sur l'impact de cette campagne d'information.

Departement fédéral
de justice et police
Service d'information
et de presse

ZS-Info im Landsturm

Mitwirkung der kantonalen Zivilschutzämter bei der Information von Landsturmeinheiten über den Zivilschutz

Bei allen Bestrebungen zur Förderung der Öffentlichkeitsarbeit im Zivilschutz ist zu berücksichtigen, dass die nach Erreichen des 50. Altersjahres von der Armee zum Zivilschutz übertretenden Wehrmänner den Hauptteil der Zivilschutzdienstpflichtigen darstellen. Deshalb ist es wichtig, in der Information diesem Zielpublikum besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Wie das BZS anlässlich seiner Informationstagungen vom 19. November 1985 und 25. November 1986 bereits bekanntgegeben hat, ist es im Sinne eines Versuchs vorgesehen, im Jahre 1988 im Rahmen der Ergänzungskurse der schweren Landsturmfüsilierkompanien der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen je eine rund zweistündige In-

formation über den Zivilschutz zu vermitteln. Da es sich insgesamt um rund 20 Anlässe handelt, rechnet es mit der Mitarbeit der kantonalen Zivilschutzämter. Das BZS wird sich erlauben, nach Publikation des EK-Programmes 1988 (Ende 1987), mit den betroffenen Kantonen (voraussichtlich ZH, BE, LU, OW, NW, GL, FR, TI, VD und VS) Fühlung zu nehmen. Um ihnen den entsprechenden Einsatz nach Möglichkeit zu erleichtern, beabsichtigt das BZS, ihnen im Sinne einer möglichen Lösung ein Standardprogramm mitsamt sachdienlichen Unterlagen zu erarbeiten bzw. eine geeignete Dokumentation bereitzustellen. Aufgrund der dazumal gemachten Erfahrungen wird zur gegebenen Zeit mit den zuständigen Mili-

tärstellen zu prüfen sein, ob und wie die Zivilschutzformation für künftige Schutzdienstpflichtige weiter ausgebaut werden kann.

Im übrigen ist das BZS bestrebt, seine Vortragsfähigkeit auch auf weitere militärische Bereiche auszudehnen, insbesondere auf alle Zentralschulen. Das BZS wird vermutlich auch in diesem Bereich in absehbarer Zeit auf die Mithilfe kantonalen oder kommunaler Referenten angewiesen sein.

Angestrebt wird ferner eine vermehrte Berücksichtigung der Zivilschutzbelange im Rahmen von taktischen Kursen und andern militärischen Übungen, eine angemessene Information der in Schutzbauten einquartierten Truppe, vermehrte Absprachen zwischen dem Ortschef und den Truppenkommandanten anlässlich von Truppenkursen sowie die Umgestaltung der Entlassungsfeier aus der Armee in eine Übertretungsfeier. Das BZS wird zu einem späteren Zeitpunkt auf diese Fragen zurückkommen. ▲

Info PCi au Landsturm

Participation des offices cantonaux de la protection civile à l'information sur la protection civile d'unités du landsturm

Dans tous les efforts visant à améliorer l'information dans la protection civile, il ne faut pas oublier que les militaires passant dès l'âge de 50 ans de l'armée à la protection civile représentent la majeure partie des personnes astreintes à servir dans la protection civile. C'est pourquoi il est important de prêter une attention particulière à l'information de ce public cible.

Ainsi que l'OFPC en a déjà donné connaissance lors de ses journées d'information des 19 novembre 1985 et 24 novembre 1986, il est prévu, à titre d'essai, une nouvelle opération: Une information sur la protection civile, de deux heures, sera donnée en 1988 lors des cours de complément des compagnies lourdes de fusiliers du landsturm des troupes d'aviation et de défense

contre avions. Comme cette information se répètera une vingtaine de fois, l'OFPC compte sur la collaboration des offices cantonaux de la protection civile. Il se permettra de prendre contact avec les cantons concernés (probablement ZH, BE, LU, OW, NW, GL, FR, TI, VD et VS), dès que le programme des cours de complément 1988 sera publié (fin 1987). Pour leur faciliter autant que possible la tâche, l'OFPC a l'intention d'élaborer une proposition de programme standard ainsi que des documents utiles et de préparer une documentation appropriée. Au vu des expériences qui seront alors faites, il examinera, au moment opportun, avec les organes militaires compétents, si et comment cette information destinée aux personnes nouvellement astreintes

à la protection civile pourra être développée.

Par ailleurs, l'OFPC s'efforcera d'étendre son activité d'information également à d'autres domaines militaires, en particulier à toutes les écoles centrales. Dans ce contexte aussi, il devra vraisemblablement compter, dans un proche avenir, sur le concours de conférenciers cantonaux ou communaux.

De plus, il s'agira de mieux tenir compte à l'avenir de la protection civile lors de cours tactiques et d'autres exercices militaires, de donner une information judicieuse à la troupe cantonnée dans des constructions de protection civile, d'intensifier les contacts entre le chef local et le commandant de troupe à l'occasion de services d'instruction. Une autre amélioration consistera à changer la «cérémonie» de libération de l'armée en une manifestation marquant le passage dans la protection civile. L'OFPC reviendra ultérieurement sur ces questions. ▲

Pour prévenir des dégâts d'eau onéreux:

Déshumidificateurs

Gamme étendue d'appareils efficaces, d'un emploi très varié – caves, entrepôts, habitations, installations de protection civile, etc. Exploitation entièrement automatique, consommation d'énergie minime.

Demandez-nous la documentation détaillée.

Krüger + Co.
1010 Lausanne, Tél. 021 32 92 90
Succursales: Münsingen BE,
Hofstetten SO, Degersheim SG,
Dielsdorf ZH, Gordola TI
Küssnacht am Rigi, Samedan

KRÜGER

Bisherige Praxis beibehalten

Einteilung von ausländischen Staatsangehörigen und Staatenlosen im Zivilschutz

Anlässlich des Eidgenössischen Rapports vom 20./21. April 1983 hat das BZS die Kantone ausführlich seine Meinung zur Möglichkeit, Ausländer in den Zivilschutz einzuteilen, bekanntgegeben.

Seitens eines Kantons ist die Frage aufgeworfen worden, ob es rechtlich zulässig sei, Ausländer obligatorisch zur Schutzdienstleistung beizuziehen. Die Vorsteherin des EJPD bestätigt in ihrer, auf ein Gutachten des Bundesamtes für Justiz gestützten Stellungnahme

die seit mehr als zwanzig Jahren geübte Praxis und betont ausdrücklich, dass es auch weiterhin einem Bedürfnis entspreche, Ausländer, deren Anwesenheit in der Schweiz ausreichend gefestigt ist, im Zivilschutz einsetzen zu können. Gleichzeitig wird in der Stellungnahme festgestellt, das Konzept zum Einbezug von Ausländern sei gegenwärtig nur unzureichend ausformuliert, was zu Schwierigkeiten führen könnte. So müsse nach herrschender Auffassung der Gesetzmässigkeit eine Pflicht vom

Betroffenen eindeutig ersichtlich sein und dürfe sich nicht lediglich aus Verbindung mehrerer Rechtsnormen, das heisst auf dem Weg der Interpretation, ergeben.

Die Departementsvorsteherin hat in der erwähnten Stellungnahme das BZS beauftragt, die Zivilschutzverordnung entsprechend zu ergänzen, wobei die Kantone natürlich Gelegenheit erhalten werden, sich zu den Vorschlägen zu äussern. Gleichzeitig hat sie aber ausdrücklich betont, dass die Ausländer angesichts der Tatsache, dass das Obligatorium für ihre Dienstleistung durch das Zivilschutzgesetz abgedeckt ist, in den Kantonen und Gemeinden je nach Bedarf im Sinne der bisherigen Praxis auch weiterhin eingeteilt werden. ▲

Maintien de la pratique actuelle

Incorporation dans la protection civile des ressortissants étrangers et des apatrides

A l'occasion du rapport fédéral des 20 et 21 avril 1983, l'OFPC avait donné aux cantons, en détail, son opinion sur les possibilités d'incorporer des étrangers dans la protection civile.

Un canton a demandé s'il était légalement admissible d'obliger des étrangers à servir dans la protection civile. Dans sa prise de position, qui s'appuie sur un avis de l'Office fédéral de la justice, le chef du DFJP confirme la pratique suivie depuis plus de vingt ans. M^{me}

Kopp souligne expressément que la possibilité d'engager dans la protection civile des étrangers résidant de manière permanente en Suisse, correspond à un besoin.

En même temps, le chef du DFJP précise dans sa prise de position que la conception actuelle portant sur l'engagement d'étrangers n'est pas assez clairement formulée, ce qui pourrait conduire à des difficultés. Il faudrait ainsi, selon la conception existante de la lé-

galité, que les obligations des intéressés soient précisées sans équivoque et qu'elle ne découlent pas simplement de la combinaison de plusieurs normes juridiques – en d'autres termes, de l'interprétation.

Le chef du Département a chargé l'OFPC, dans la prise de position susmentionnée, de compléter en conséquence l'ordonnance sur la protection civile; bien entendu, les cantons auront la possibilité de se prononcer sur les propositions. Elle a aussi expressément insisté sur le fait que les étrangers continuent d'être incorporés dans les cantons et les communes d'après les besoins, selon la pratique suivie jusqu'ici, indépendamment du fait que l'obligation de servir, pour les étrangers, soit ancrée dans la loi. ▲



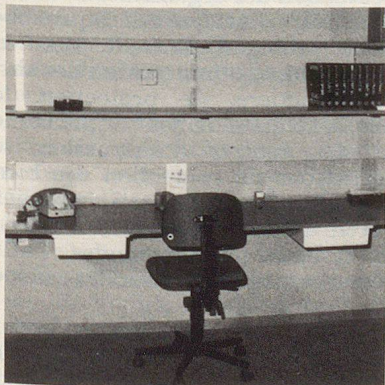
Sicli

Alle Geräte für
die Brandbekämpfung

Tout matériel
de lutte contre le feu

Tutto il materiale
per la lotta contro il fuoco

Schlieren
(01) 730 62 55
Bern
(031) 21 06 26
Genève
(022) 42 18 18
Lugano
(091) 51 07 06



Mit Schubladen...

hostramobiliar

KP-Arbeitsplätze in TWO-Anlagen und für QKP, Büro Chef BSO usw. Nach BZS-Bestimmung montiert.

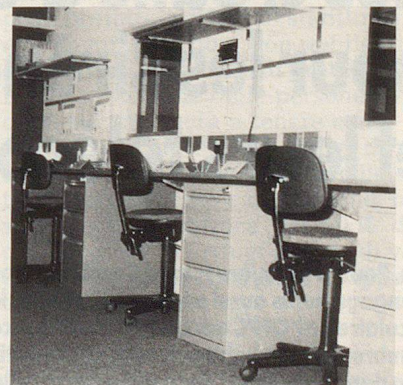
Wir haben immer eine Idee mehr...

Heute zum Beispiel:

Schreibtischschubladenblöcke und Bürodrehstühle

Verlangen Sie unseren Berater und/oder den hostra-Möbliersordner mit Zubehör bei:

Hochstrasser AG, Eichwiesstrasse 9
8630 Rüti ZH, Telefon 055 31 17 72



...oder Schubladenblock

Die Zusicherungs- und Zahlungskredite 1987

Erstmals Beiträge für Sirenen und deren Fernsteuerungen

am. Erstmals werden vom Bund in diesem Jahr den Kantonen auch Zusicherungskredite für Sirenen und deren Fernsteuerungen ausgerichtet: Dies ist einem Schreiben des BZS an die kantonalen Zivilschutzämter zu entnehmen. Die Kantone erhalten unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl sowie der gültigen Bundesbeiträge für ihre baulichen Massnahmen im ZS-Bereich – hauptsächlich Schutzraumbau – für das Jahr 1987 100 Mio. Franken zugesichert. Die Zahlungskredite für 1987 betragen 108 Mio. Franken.

Aufteilung des Zusicherungskredites

Der Zusicherungskredit wird auf die verschiedenen Schutzraum-Kategorien aufgeteilt. Es sind dies wie bis anhin die Schutzräume in öffentlichen Gebäuden, deren Projekte noch vor dem 1. Januar 1986 auf dem Dienstweg eingereicht wurden, die öffentlichen Schutzräume und Schutzanlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes sowie die geschützten Operationsstellen. Dazu gehören ebenfalls die Erneuerung von Schutzräumen und Schutzanlagen, die Regierungs-KP, die Ausbildungszentren, die Schutzbauten des Kulturgüterschutzes sowie – in diesem Jahr erstmalig – Installationen von Sirenen und deren Fernsteuerung. Schliesslich wird für Sonderfälle eine Reserve ausgeschieden.

Der Zusicherungskreditanteil für öffentliche Schutzräume und Schutzanlagen der Organisation beträgt wie bereits in den letzten Jahren 50 Mio. Franken. Er wird unter Berücksichtigung

der Bevölkerungszahl sowie der gültigen Bundesbeiträge wie folgt auf die einzelnen Kantone verteilt:

Kanton	Mio. Fr.	Kanton	Mio. Fr.
AG	3,110	NW	0,210
AI	0,140	OW	0,285
AR	0,485	SG	3,545
BE	8,520	SH	0,435
BL	1,265	SO	2,000
BS	0,950	SZ	0,880
FR	2,020	TG	1,640
GE	1,630	TI	2,485
GL	0,295	UR	0,375
GR	1,720	VD	4,450
JU	0,705	VS	2,390
LU	3,135	ZG	0,355
NE	1,730	ZH	5,245

Prioritäten

Bei der Bewirtschaftung der zugeteilten Zusicherungsquoten gelten folgende Prioritäten:

Erste Priorität

– Erstellung öffentlicher Schutzräume für die ständigen Einwohner für die keine belüfteten Schutzräume zur Verfügung stehen.

Dabei wird vorausgesetzt, dass die vorhandenen belüfteten Schutzräume, diejenigen in organisationspflichtigen Betrieben ausgenommen, für den Schutz der ständigen Einwohner herangezogen und falls nötig vorübergehend bis zu 120 % belegt werden. Für die Beanspruchung von Schutzräumen nicht organisationspflichtiger Betriebe gilt eine vorübergehende Belegung bis zu 100 %, für diejenige von Schutzräumen in Ferienhäusern, grossen Hotels und leerstehenden Wohnungen eine solche bis zu 50 %.

– Erstellung der Schutzanlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes.

Zweite Priorität

– Erstellung öffentlicher Schutzräume für die ständigen Einwohner, welchen vorübergehend Schutzräume nicht organisationspflichtiger Betriebe und Verwaltungen zugewiesen wurden.

Dabei sind Schutzräume in Restaurants, Unterhaltungslokalen, Schulen, Unterrichts- und Versammlungslokalen zu 100 %, diejenigen in Ferienhäusern, grossen Hotels und leerstehenden Wohngebäuden zu 50 % zum Schutze der ständigen Einwohner weiterhin heranzuziehen.

Dritte Priorität

– Erstellung öffentlicher Schutzräume für den Publikumsverkehr. ▣

Crédits d'engagement et de paiement 1987

Une première: des crédits d'engagements pour les sirènes et leurs télécommandes

am. Pour la première fois, la Confédération accordera cette année aux cantons des crédits d'engagements aussi pour des sirènes et leurs télécommandes; c'est ce qu'apprend une circulaire de l'OFPC adressée aux offices cantonaux de la protection civile. Compte tenu du nombre de leurs habitants et des subventions fédérales pour leurs mesures de construction dans le domaine de la PCi – essentiellement des abris, les cantons recevront, en 1987, un crédit d'engagement se montant à 100 millions de francs. Les crédits de paiements pour 1987 atteignent le montant de 108 millions de francs.

Répartition des crédits d'engagements

Les crédits d'engagements seront répartis entre les différentes catégories d'abri. Il s'agit, comme jusqu'à présent, des abris dans des bâtiments publics, dont les projets ont été soumis par la voie de service avant le 1^{er} janvier 1986, des abris publics et des constructions de protection des organismes et du service sanitaire ainsi que des centres opératoires protégés. Entrent aussi en ligne de compte la rénovation des abris et constructions de protection, les postes de commandement de gouvernement, les centres d'instruction, les constructions de protection des biens culturels ainsi que, pour la première fois cette année, les installations de sirènes et leurs télécommandes. Enfin, une réserve est prévue pour des cas spéciaux.

Comme les années précédentes, la part des crédits d'engagements affectée aux abris publics et aux constructions de protection des organismes se monte à 50 millions de francs. Elle est répartie

entre les cantons de la manière suivante, en tenant compte du nombre d'habitants et des subventions fédérales:

Cantons	Millions de francs	Cantons	Millions de francs
AG	3,110	NW	0,210
AI	0,140	OW	0,285
AR	0,485	SG	3,545
BE	8,520	SH	0,435
BL	1,265	SO	2,000
BS	0,950	SZ	0,880
FR	2,020	TG	1,640
GE	1,630	TI	2,485
GL	0,295	UR	0,375
GR	1,720	VD	4,450
JU	0,705	VS	2,390
LU	3,135	ZG	0,355
NE	1,730	ZH	5,245

Priorités

On tiendra compte en principe des priorités précisées ci-après dans la gestion des quotas attribués:

Première priorité

– Réalisation d'abris publics en faveur des personnes résidentes pour lesquelles il n'y a pas de places protégées à disposition.

Il est alors prévu de recourir aux abris ventilés existants, à l'exception de ceux d'établissements tenus de créer un organisme de protection, pour la protection des personnes résidentes et, si nécessaire, de les occuper transitoirement à 120%. Lorsque les responsables de la protection civile doivent recourir à ces abris, une occupation transitoire peut aller jusqu'à 100% pour ceux d'établissements non tenus de créer un organisme de protection et jusqu'à 50% pour ceux de maisons de vacances, de grands hôtels et de maisons non habitées.

– Réalisation des constructions de protection des organismes et du service sanitaire

Deuxième priorité

– Réalisation d'abris publics en faveur des personnes résidentes auxquelles ont été attribuées provisoirement des places protégées dans des abris d'établissements et d'administrations non tenus de créer un organisme de protection.

Pour la protection des personnes résidentes, on continuera à prendre en compte toutes les places protégées des abris de restaurants, d'écoles, de locaux de divertissement, d'instruction et de réunion, ainsi que 50% de celles d'abris de maisons de vacances, de grands hôtels et de maisons d'habitation vides.

Troisième priorité

– Réalisation d'abris publics là où l'affluence du public paraît l'exiger. ▲

Crediti assegnati e crediti di pagamento per il 1987

Per la prima volta sussidi per le sirene e i relativi telecomandi

Per la prima volta quest'anno la Confederazione accorderà ai cantoni crediti assegnati anche per le sirene e i relativi telecomandi: lo si deduce da una lettera dell'UFPC indirizzata agli uffici cantonali della protezione civile. Tenendo conto sia del numero degli abitanti che dei sussidi federali in vigore, per il 1987, i cantoni riceveranno per le misure di costruzione nell'ambito della protezione civile – soprattutto per la costruzione di rifugi – 100 milioni di franchi. I crediti di pagamento per il 1987 ammontano a 108 milioni di franchi.

Ripartizione del credito assegnato

Il credito assegnato è ripartito tra le diverse categorie di rifugio: si tratta, come finora, dei rifugi in edifici pubblici, i cui progetti sono stati presentati per la via di servizio prima del 1° gennaio 1986, dei rifugi pubblici e degli impianti di protezione degli organismi e del servizio sanitario e infine dei centri operatori protetti. Inoltre entrano in linea di conto il rinnovamento dei rifugi e degli impianti di protezione, i posti di comando di governo, i centri d'istruzione, le costruzioni di protezione dei beni culturali come pure, per la prima volta quest'anno, le installazioni di sirene con i relativi telecomandi. Infine viene stabilita una riserva per casi particolari.

Come già negli ultimi anni, la parte di credito assegnato destinata ai rifugi pubblici e agli impianti di protezione degli organismi ammonta a 50 milioni di franchi. Essa viene ripartita tra i singoli cantoni, tenendo conto sia del numero degli abitanti che dei sussidi federali in vigore, nel modo seguente:

Cantone	Milioni di Fr.	Cantone	Milioni di Fr.
AG	3,110	NW	0,210
AI	0,140	OW	0,285
AR	0,485	SG	3,545
BE	8,520	SH	0,435
BL	1,265	SO	2,000
BS	0,950	SZ	0,880
FR	2,020	TG	1,640
GE	1,630	TI	2,485
GL	0,295	UR	0,375
GR	1,720	VD	4,450
JU	0,705	VS	2,390
LU	3,135	ZG	0,355
NE	1,730	ZH	5,245

Priorità

In linea di principio, nella gestione delle quote dei crediti assegnati attribuite ai singoli cantoni, sarà necessario rispettare le seguenti priorità. È possibile prendere in considerazione una deroga

per le regioni in cui l'attività edilizia è limitata e dove si presentano delle occasioni uniche nel settore delle costruzioni.

Prima priorità

– Realizzazione di rifugi pubblici in favore delle persone residenti per le quali non vi sono a disposizione dei posti protetti ventilati.

Per la protezione delle persone residenti si prevede di ricorrere ai rifugi ventilati già esistenti, ad eccezione di quelli degli stabilimenti obbligati a creare degli organismi di protezione e, se necessario, di occuparli temporaneamente fino al 120%. Quando i responsabili della protezione civile devono ricorrere ai rifugi di stabilimenti non obbligati a creare degli organismi di protezione, l'occupazione temporanea può raggiungere al massimo il 100%, mentre quella dei rifugi che si trovano in case di vacanza, in grandi alberghi e in appartamenti disabitati può arrivare soltanto al 50%.

– Realizzazione degli impianti di protezione degli organismi e del servizio sanitario.

Seconda priorità

– Realizzazione di rifugi pubblici in favore di persone residenti a cui sono stati assegnati temporaneamente dei posti protetti in rifugi di stabilimenti e di amministrazioni non obbligati a creare degli organismi di protezione.

Per la protezione delle persone residenti si continuerà a tenere conto di tutti i posti protetti nei rifugi di ristoranti, scuole, locali di divertimento, d'insegnamento e di riunione, ma soltanto nella misura del 50% dei posti protetti nei rifugi di case di vacanza, di grandi alberghi e di appartamenti disabitati.

Terza priorità

– Realizzazione di rifugi pubblici dove l'intensa affluenza del pubblico lo richiede. ▲